



Nein zur Ladenöffnungs-Zwängerei

Im Kanton Luzern gehörte die SP im Kampf gegen liberalisierte Ladenöffnungszeiten immer zu den Gewinnerinnen an der Urne. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat kann es aber nicht lassen und beschloss eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Wochenende und vor Feiertagen.

Beide Forderungen wurden letztmals im Jahr 2006 an der Urne klar abgelehnt. Und dies aus gutem Grund: Die Liberalisierung beschleunigt das Verschwinden der kleinen Läden zu Gunsten der grossen Ketten. Das betroffene Verkaufspersonal sowie der Detaillistenverband sagen deshalb Nein zur Schwächung des Detailhandels, zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen im Verkauf und zur Zwängerei der Total-Liberalisierer.

Nein zur Schwächung der KMU und der Dorfäden

Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Deshalb schaffen längere Ladenöffnungszeiten keine neuen Stellen. In den meisten Geschäften muss einfach mit gleich viel Personal länger gearbeitet werden. Andererseits entstehen höhere Betriebskosten. So geht es letztlich um die Existenz der Dorf- und Quartierläden, welche gemessen an der Verkaufsfläche mehr Personal beschäftigen als die grossen und anonymen Läden. Ziel der Liberalisierung ist nicht die Anpassung an herbeigeredete «Konsumbedürfnisse», sondern mehr Marktanteile für Grossverteiler und Discounter. Die Abstimmungen im Kanton Luzern zeigten aber jedes Mal, dass die Kundschaft eine Vielfalt an Einkaufsmöglichkeiten will und nicht nur grosse Ketten mit möglichst langen Öffnungszeiten.

Nein zu schlechteren Arbeitsbedingungen im Verkauf

Längere Arbeitszeiten wirken sich negativ auf das familiäre, soziale und kulturelle Leben des Verkaufspersonals aus. Im Detailhandel arbeiten mehrheitlich Frauen, darunter viele alleinerziehende Mütter. Sie leiden besonders unter einer Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, unter Arbeit auf Abruf oder anderen flexiblen Arbeitsverhältnissen. Gemäss Um-



Auf der Strasse wurden innert 60 Tagen über 7000 Unterschriften gesammelt – rekordverdächtig!

fragen lehnen deshalb über 90 Prozent der im Detailhandel beschäftigten Angestellten eine Ausdehnung der Öffnungszeiten ab. Für die anderen ist die Arbeit im Verkauf meist ein Studentenjob oder Nebenerwerb auf Zeit.

Es geht nicht nur um die Bedürfnisse eines kleinen Teils der Kundschaft, sondern vor allem um das direkt betroffene Verkaufspersonal!

Sollen deswegen der Mehrheit der gelernten Verkaufsangestellten schlechtere Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden? Längere Öffnungszeiten bei gleichem Umsatz und Personalbestand bedeuten noch mehr Stress und mehr Präsenzzeit am Arbeitsplatz. Bei der Frage der Ladenöffnungszeiten geht es nicht nur um die Bedürfnisse eines kleinen Teils der Kundschaft, sondern vor allem um das direkt betroffene Verkaufspersonal!

Nein zur Totalliberalisierung

Die geänderten Shopping-Bedürfnisse gelten nur für eine Minderheit der Kundschaft. Zwi-

schen 2006 und 2010 gab es in diversen Kantonen bei 90 Prozent aller Liberalisierungsvorlagen ein Nein an der Urne. Auch die Luzerner Bevölkerung hat sich am 21. Mai 2006 klar gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten vor Feiertagen ausgesprochen. Die vorliegende Liberalisierungsvorlage umgeht nicht nur den Volkswillen, sie erweckt auch den Eindruck von nur kleinen Schritten: Hier eine Stunde mehr, dort ein neuer Abendverkauf. Letztlich ist sie aber blosser Türöffner für weitere Liberalisierungsschritte bis hin zur Totalliberalisierung. Eine entsprechende Initiative haben die Jungfreisinnigen mit Hilfe der GLP bereits eingereicht. Ihr Argument: Die Nachbarkantone haben fixe Ladenöffnungszeiten bereits abgeschafft. Konsumtempel hätten am besten 24 Stunden pro Tag und auch sonntags offen. Diese Salami-taktik der Total-Liberalisierer ist zu verurteilen. Die Bevölkerung hat genug von der Zwängerei bei den Ladenöffnungszeiten!

Marcel Budmiger, Mitglied der GL SP
Kanton Luzern und Geschäftsführer des
Luzerner Gewerkschaftsbundes.
Kontakt: mbudmiger@gmx.ch



Hauruck-Abriss der Zentral- und Hochschulbibliothek verhindert

Für die SP-Juso-Fraktion im Grossen Stadtrat ist klar: Ein Neubau mit Luxuswohnungen und teuren Büroflächen zur Quersubventionierung der Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) kommt nicht in Frage.

Die Leidensgeschichte der Renovation der ZHB ist exakt gleich alt wie ich. Bereits 1979 wurde festgestellt, dass die ZHB renoviert werden müsste. 32 Jahre später beschliesst der Kantonsrat in einer Hauruck-Übung, der Motion des Bauunternehmers Hans Aregger (CVP) zu folgen. Diese fordert, anstelle der letztes Jahr nach mehrfacher Verzögerung endlich beschlossenen Renovation, nun doch einen Neubau am Vögeligärtli. Der schützenswerte Bau von Otto Dreyer aus den 1950er-Jahren soll nun plötzlich abgerissen werden.

Public-Private-Partner-Unsinn

Ziel der Motion Aregger war es, dass der Kanton gratis und franko zu einer neuen ZHB kommen sollte. Am Vögeligärtli sollte mit einem Neubau im Investorenmodell dank Luxuswohnungen und Büroflächen eine Quersubventionierung erreicht werden. Hier war für die SP schnell klar, dass wir gegen solche Pläne Widerstand leisten müssen. Es ist grundsätzlich problematisch, wenn dem Staat so viele Mittel entzogen werden, dass er alleine nicht mehr für den Unterhalt seiner Gebäude sorgen kann und sich genötigt sieht, denkmalgeschützte Bauten für den Abriss und für private Investoren freizugeben.



Stadtparlament verlangt rasche Sanierung

Mit verschiedenen Vorstössen forderte die SP gemeinsam mit den Grünen den Stadtrat dazu auf, sich quer zu legen: Die Zonierung des Areals, welche am Standort der Zentralbibliothek eine Wohn- und Arbeitsnutzung verbietet, soll beibehalten werden. Nicht umsonst ist an dieser städtebaulich wertvollen Lage eine Zone für öffentliche Zwecke definiert. In der Diskussion im Grossstadtrat fand diese Position eine klare Mehrheit: Die FDP unterstützte unsere Haltung. Die GLP, welche im Kantonsrat noch geschlossen für den Neubau votierte, machte eine 180-Grad-Pirouette und votierte nun für die Sanierung. Somit standen CVP und SVP mit ihren Anträgen für die Prüfung eines Neubaus alleine da. Diese Parteien dürfen nun im Wahlkampf ihren Wählern und Wählerinnen

erklären, wieso sie sich gegen die Sanierung der ZHB und damit gegen die Erhaltung des Vögeligärtlis in der jetzigen Form eingesetzt haben. Sie müssen auch erklären, wieso sie gegen den ausdrücklichen Widerstand des Denkmalschutzes und wichtiger Architektenverbände einen schützenswerten Bau abreißen wollen.

SP für die Erhaltung des Vögeligärtlis

Das Vögeligärtli ist eine der wenigen innerstädtischen Grünraumflächen und bietet unzähligen Anwohnerinnen und Anwohnern Erholungsmöglichkeiten. Die städtebauliche Qualität des Ensembles ZHB-Lukaskirche-Vögeligärtli ist deshalb zwingend zu erhalten. Die definitive Unterschutzstellung der ZHB muss rasch geprüft werden. Leider hat der Kantonsrat in seiner Sitzung vom 20. März 2012 eine Motion von David Roth (SP) abgelehnt, welche die Wiederaufnahme der Sanierung forderte. Der Kantonsrat will also weiterhin – gegen den erbitterten Widerstand der Stadt – am Investorenmodell festhalten.

Die SP von Stadt und Kanton Luzern hingegen setzt sich auch weiterhin gemeinsam für eine Politik für alle statt für wenige ein – eine schnell sanierte ZHB und ein schönes Vögeligärtli für alle, statt eines überdimensionierten, nicht quartierverträglichen Neubaus für Bauunternehmer Aregger!

Die SP Stadt Luzern sucht ein Mitglied für die

STÄDTISCHE EINBÜRGERUNGSKOMMISSION

Die Einbürgerungskommission ist zuständig für die Zusicherung des Stadtbürgerrechtes an Ausländerinnen und Ausländer. Der Aufwand für dieses Amt beträgt im Monat ca. ein Tag (inkl. Aktenstudium). Die Anforderungen an die Mitglieder der Kommission können wir folgt beschrieben werden:

- Menschen gerne haben
- sich für das Thema Einbürgerung interessieren
- sich in andere einfühlen können
- Lust darauf haben, in einem gemischten politischen Team zu arbeiten
- die notwendige Zeit aufwenden können
- über Gewandtheit in Sprache und Schrift verfügen

Interessierte Personen können sich bis Ende Mai 2012 bei Claudio Soldati, Präsident der SP Stadt Luzern, melden: claudio_s@gmx.ch oder 078 773 27 37

Nico van der Heiden ist SP-Grossstadtrat,
Kontakt: nicovanderheiden@hotmail.com



Die SP-Frauen fliegen aus! Komm mit, und begleite uns!

Die SP Frauen Kanton laden herzlich zu einer Sommerreise ins Entlebuch ein.
Diese findet am Samstag, 30. Juni 2012, statt.

Wir, das sind die Kantonsratspräsidentin 2012 Trix Dettling Schwarz, die Regierungspräsidentin 2012 Yvonne Schärli, die designierte Grossstadtratspräsidentin 2012 Theres Vinatzer, unsere Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo und unsere Kantonalpräsidentin Felicitas Zopfi.

So viel Frauenpower im 2012 muss gefeiert werden! Wir wollen mit dir in gemütlicher Runde dem Frausein frönen und unsere erfolgreichen Frauen feiern!

PROGRAMM

11.57	Regioexpress (SBB) von Luzern nach Entlebuch
12.30	Mittagessen im Restaurant Bahnhöfli
14.15	Spaziergang zum Ämmemätteli (ca. 40 Min.)
15.15	Erfrischung bei Familie Duss inklusive Wissenswertes über die Auenlandschaft, das Unwetter 2005 etc.
15.45	«Frauenheilpflanzen begleiten ein Frauenleben lang» – Einführung in Pflanzenheilkunde mit Sandra Limacher aus Entlebuch (Pflanzenwerkstatt)
17.00	Regionaler Apéro bei der Familie Duss auf dem Hof
17.45	Spaziergang zurück zum Bahnhof (ca. 40 Min.)
18.35/19.05	Regioexpress oder Bummler nach Luzern – Ankunft entweder 19.03 oder 19.45 Uhr.

Kosten Fr. 20.– pro Person; wird vor Ort eingezogen. Fahrt nach Entlebuch und Mittagessen (fakultativ) sind persönliche Kosten.
Transport Es besteht eine Transportmöglichkeit vom Bahnhof zum Bauernhof der Familie Duss und zurück.

Frauen im Amt Während des Ausfluges werden unsere SP-Frauen in den höchsten Ämtern des Kantons Anekdoten aus ihrem Arbeitsalltag erzählen – Lustiges, Merkwürdiges, Ärgerliches, Typisches – lassen wir uns überraschen!

Anmeldung bis Ende Mai 2012 an das Sekretariat der SP, Theaterstrasse 7, 6003 Luzern, Telefonnummer 041 311 05 85 oder per Mail an info@sp-luzern.ch. Stichwort: Frauenausflug.

Ich freue mich auf deine Anmeldung und grüsse dich herzlich!
Silvana Beeler Gehrler, Präsidentin SP-Frauen Kanton Luzern

Umgang mit Parteispenden

Die SP Schweiz muss aus gegebenem Anlass den Umgang mit Parteispenden aus der Wirtschaft diskutieren. Die Geschäftsleitung der SPS ist klar der Ansicht, dass derlei finanzielle Beiträge für die SP durchaus Chancen, aber auch Risiken mit sich bringen. Diese Güterabwägung soll allgemeingültig geklärt werden. Die SP startet aus diesem Grund eine interne Vernehmlassung zum Umgang mit Parteispenden.

Die SP-Geschäftsleitung hat die Kantonalparteien zu einer Vernehmlassung eingeladen und

schlägt ihnen zwei Varianten vor: Erstens: Die Partei lehnt Spenden aus der Wirtschaft ab und beschränkt sich entsprechend auf Spenden von natürlichen Personen. Zweitens: Die Annahme von Spenden aus der Wirtschaft soll künftig gemäss den folgenden Bedingungen geprüft werden:

Wenn ein Unternehmen der SP eine finanzielle Zuwendung anbietet, müssen alle Zahlungen dieses Unternehmens an alle Parteien öffentlich gemacht werden.

Das zahlende Unternehmen muss sich verpflichten, auf jegli-

che weitere, versteckte Zahlungen an die Parteien zu verzichten.

Die SP akzeptiert keinerlei mit der Zuwendung verbundene Konditionen.

Für die Geschäftsleitung der SP Schweiz steht in jedem Fall fest, dass die SP weiter für weitgehende Transparenz bei der Parteienfinanzierung kämpfen wird. Sie profiliert sich dabei selber mit weitestgehender Offenheit und macht alle Spenden von juristischen Personen in der Jahresrechnung öffentlich. Ungeachtet der Angebote aus der Wirtschaft

bleibt es für die SP überdies das erklärte Ziel, dass die Parteien in der Schweiz staatlich finanziert werden.

Die SP Kanton Luzern definiert ihre Haltung zu diesem Thema an der nächsten ordentlichen Delegiertenversammlung vom 7. Mai 2012. Diese DV beginnt um 19.15 Uhr und ist für alle SP-Mitglieder offen. Wir diskutieren dieses Anliegen mit den zwei Nationalräten Cédric Wermuth und Erich Nussbaumer.

20 Jahre SAH Zentralschweiz

Beat Däppeler, Sie sind 2010 Präsident des Vereins SAH Zentralschweiz geworden. Was hat Sie dazu bewogen?

Beat Däppeler: Ich bin als 20-Jähriger in die SP eingetreten und habe mich immer wieder aktiv sozial- und gesellschaftspolitisch engagiert und leiste nun meinen Beitrag als Präsident des SAH ZS, dies auch als Freiwilligenarbeit. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk wurde 1936 von der SP mitbegründet. Damals ging es um Hilfeleistungen für Arbeitende und wirtschaftlich benachteiligte Familien. Obwohl es uns heute vermeintlich besser geht, ist unsere Gesellschaft nach wie vor nicht in der Lage, Ungerechtigkeiten auszugleichen. Mit meinem Engagement möchte ich einen Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft leisten, in der Menschen, unabhängig von Ausbildung, Herkunft, Geschlecht und Glauben, solidarisch miteinander leben können.

Wie nötig haben wir Hilfswerke tatsächlich noch?

Beat Däppeler: Non-Profit-Unternehmen wie das SAH ZS tragen zu einem gesellschaftspolitischen Ausgleich bei, zum Beispiel zwischen Arm und Reich oder Migrantinnen/Migranten und Einheimischen. Das SAH hat spezifische Kompetenzen entwickelt bei der Integration von Menschen, sei es die berufliche, soziale oder sprachliche Integration.

Welches sind die Herausforderungen eines modernen Hilfswerkes?

Beat Däppeler: In Zeiten verknappter finanzieller Mittel des öffentlichen Bereichs gilt es aufzuzeigen, warum es ein Engagement für die Benachteiligten dieser Gesellschaft braucht. Die Schweiz braucht weiterhin einen Gesellschaftsvertrag, der ein menschenwürdiges Leben für ALLE ermöglicht. Es braucht die Solidarität der Bessergestellten mit den Benachteiligten der Gesellschaft. Dazu leistet das SAH einen wichtigen Beitrag.



Beat Däppeler, Präsident



Felix Föhn, Geschäftsführer

Weshalb ist es wichtig, dass sich die SP für das SAH Zentralschweiz engagiert?

Beat Däppeler: Die SP Schweiz ist Gründungsmitglied und dar-

Betriebe. Soziale Unternehmen und NPO's sind fachlich anerkannte und professionalisierte Institutionen, die den Staat entlasten und mit ihrem Know-how

Entwicklungskosten. Deswegen sind wir auch immer wieder auf Spenden und Anschubfinanzierungen angewiesen.

Wo steht das SAH Zentralschweiz in fünf Jahren?

Felix Föhn: Ich wünsche mir, dass das SAH Zentralschweiz

- bei den Hilfesuchenden, den Behörden und der Politik als anerkannte Fachorganisation für Arbeit und Integration wahrgenommen wird;

- die Vernetzung mit Industrie und Wirtschaft weiter vertieft werden und unsere Teilnehmenden davon profitieren können;

- auch in der Zukunft mit seinen Angeboten Lücken schliesst und staatliche Aufgaben im Sozialbereich sinnvoll ergänzt.

Interview: **Judith Christen**
Leiterin Kommunikation



Schweizerisches Arbeiterhilfswerk **SAH**
SAH ZENTRALSCHWEIZ
Œuvre suisse d'entraide ouvrière **OSEO**
Soccorso operaio svizzero **SOS**

um sollte es weiterhin ihr Anliegen sein, die Arbeit des SAH zu unterstützen und zu fördern. In der Schweiz existieren 10 Regionalvereine, bei denen die SP, die Gewerkschaften und häufig auch die Grüne Partei Trägermitglieder sind. Dieses politische Potenzial sollte besser genutzt werden. Das SAH hat in den Bereichen Arbeit und Integration einen sehr guten Leistungsausweis. Die Trägerschaft sollte diese Kompetenzen des SAH ZS in der politischen Arbeit stärker nutzen.

Felix Föhn, das SAH übernimmt Aufgaben des Staates, ist das richtig so?

Felix Föhn: Seit den 80er-Jahren vergibt der Staat vermehrt Aufgaben nach aussen. Das ist richtig so, denn wenn der Staat jegliche Aufgaben selber erfüllen müsste, gäbe es nur noch staatliche

unterstützen. Als selbständige Institution können wir schneller auf Veränderungen eingehen. Der Staat kann das nur bedingt. Der Nachteil besteht darin, dass wir das ganze Entwicklungsrisiko tragen. In den wenigsten Fällen beteiligt sich der Staat an den

MIGRATIONSPIEPER DER SP SCHWEIZ

Die SP Schweiz startet eine vertiefte parteiinterne Debatte zur Schweizer Migrationspolitik. Auf der Grundlage eines Positionspapiers «für eine umfassende und kohärente Migrationspolitik» startet der parteiinterne Entscheidungsprozess.

Die SP Kanton Luzern wird sich zur Vernehmlassung äussern und organisiert zu diesem Zweck eine öffentliche Diskussionsveranstaltung.

Dienstag, 5. Juni, 19.15 Uhr, Hotel Anker, Luzern

Die Diskussion wird von einem externen Moderator der SP Schweiz geleitet. Anmeldung ist keine notwendig. Das Migrationspapier kann auf der Homepage der SP Schweiz heruntergeladen werden.